



RATHAUS- NACHRICHTEN

AUS DER VERWALTUNG DER STADT WIEN / BEILAGE DES NSG. WIEN

HERAUSGEGEBEN VOM GAUPRESSEAMT IN VERBINDUNG MIT DEM BÜRGERMEISTERAMT-NACHRICHTENSTELLE D. STADT WIEN
VERANTWORTLICH FÜR DEN GESAMTINHALT: GAUAMTSLEITER HELMUTH PETERSEN.
VERANTWORTLICHER SCHRIFTFLEITER: HANS MÜCKE, I. W. / WIEN, I. RATHAUS / RUF A 28-500, KLAPPEN 002, 263, 069.

Wien, 17. Oktober 1941.

Verwundete Soldaten als Gäste im Wiener Rathaus.

=====

Bürgermeister Ph. W. Jung empfing gestern (16. Oktober 1941) im Kleinen Festsaal des Rathauses in Anwesenheit des Generalleutnants Arnould de la Perrière, des Stadtkämmerers Dr. Hanke und der Stadträte Dr. Drückler, Professor Dr. Gudel, Kozich und Dr. Tavs 103 verwundete Offiziere als die Vertreter des tapfersten und erfolgreichsten Heeres, das das Deutsche Reich je besessen hat. Der Abend erhielt durch die künstlerischen Leistungen der Volksopernsängerin Nora Jungwirth ein festliches Gepräge.

Goldene Hochzeit

=====

Heute, 17. Oktober 1941, feiert das Ehepaar Anton und Katharina Müller, 3., Wassergasse 20, seine goldene Hochzeit. Im Auftrag des Bürgermeisters Ph. W. Jung überbrachte Stadt-Oberinspektor Welei dem Jubelpaar die Glückwünsche und Ehrengeschenke der Stadt Wien .

ooo000ooo

Behelfe zur Berichterstattung über die 12., öffentliche
=====

Sitzung der Ratsherren der Stadt Wien am 17. Oktober 1941
=====

Vorsitzender Bürgermeister Ph.W. Jung begrüßt zu Eingang der Sitzung die Soldaten der Ostfront und alle zur Heeresdienstleistung eingerückten Ratsherren.

Bericht des Bürgermeisters Ph.W. Jung über erteilte
Genehmigungen.

Seit der letzten Sitzung war es wegen gestellter Termine oder besonderer Dringlichkeit notwendig geworden, unter Umgehungnahme von einer Beratung gemäß § 55 der Deutschen Gemeindeordnung eine Anzahl von Verfügungen, hauptsächlich über Grundankäufe und -verkäufe, Baureifmachungen usw., von geringerer Bedeutung zu treffen, die den Ratsherren nachträglich zur Kenntnis gebracht werden.

Bericht des Stadtkämmerers Dr. Hanke.

Beteiligung der Stadt Wien an der Vereinigten Baustoffwerke A.G., Wien:

Trotz der Beschränkungen, die der Gemeindeverwaltung in ihren Aufbaubestrebungen derzeit auferlegt sind, wird jede Möglichkeit einer Vorbereitung auf die künftige Entwicklung erfaßt. Vor allem wird getrachtet, die Vorarbeiten für die nach dem Kriege zu erwartende umfangreiche Bautätigkeit und insbesondere für das Wohnbauprogramm auf Grund des Führererlasses vom 15. November 1940 zu leisten. Dazu gehört in einem hervorragenden Maße die Sicherstellung von Anlagen zur Baustoffgewinnung. Die Gemeindeverwaltung ist an der Vereinigten Baustoffwerke Aktiengesellschaft Wien mit ihren wichtigen Anlagen in Wien und außerhalb Wiens erheblich beteiligt. Die sich aus der beabsichtigten Kapitalserhöhung der Aktiengesellschaft ergebenden neuen Aktien werden zur Gänze von der Gemeindeverwaltung übernommen. Die Mittel der Kapitalserhöhung dienen der neuzeitlichen Ausgestaltung der Betriebsanlagen und damit der Verstärkung der Baustoffgewinnung, um der Gemeinde für die Zukunft eine zuverlässige umfangreiche Belieferung mit Baustoffen unter Wahrung der öffentlichen Interessen zu sichern.

Berichte des Stadtrates Ing. Rafelsberger.

Bilanzen für das Geschäftsjahr 1940 der städtischen Gaswerke, der städtischen Elektrizitätswerke, der städtischen Straßenbahnen,

des Brauhauses der Stadt Wien, der Lagerhäuser der Stadt Wien, der städtischen Ankündigungsunternehmung "Gewista", sowie der städtischen Leichenbestattungsunternehmung:

Die Geschäftsentwicklung der Wiener Gaswerke stand im Jahre 1940 im Zeichen einer starken Produktionssteigerung. Der Gasverkauf war wesentlich höher als im Vorjahr, er bedingte einen gesteigerten Kohlendurchsatz und dieser hatte wieder einen erhöhten Anfall von Nebenerzeugnissen - Koks, Teer, Benzol usw. - zur Folge. Mit 1. Jänner 1940 wurden die drei Gaswerke der Österreichischen Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft und ihr Versorgungsgebiet in den Südbahngemeinden übernommen, wodurch den städtischen Werken 9536 Abnehmer zugewachsen sind. Trotz der Kriegsverhältnisse konnten die zur Leistungssteigerung der Werke erforderlichen Ersatz- und Erweiterungsbauten weitergeführt werden, sodaß die städtischen Gaswerke auch den künftigen Ansprüchen vollkommen Genüge leisten werden.

Die Anforderungen, die die Kriegswirtschaft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr an die Wiener Elektrizitätswerke stellte, wurden von dieser restlos erfüllt. Die Wirtschaftskraft des Unternehmens ist ständig im Wachsen. Durch die Inanspruchnahme der Ost-Steuerhilfsverordnung war es den Werken möglich, einen größeren Betrag der Investitionen des Wirtschaftsjahres vorzeitig abzuschreiben. Infolge der erhöhten Erzeugung ergab das Geschäftsjahr 1940 eine Steigerung der Einnahmen. Die von dem Unternehmen betriebene Tarifpolitik bewirkte eine Senkung des mittleren Verkaufspreises, die sich vornehmlich beim Haushaltsstrom auswirkte. Seit 1. Mai 1940 besteht ein neuer Tarif für Kleinabnehmer. Der Ausbau der Kraftwerke und die Erweiterung der Netz- und Verteilungsanlagen wurden fortgesetzt. Die Elektrizitätswerke haben auch zur Sicherung der kommenden Leistungen vorgesorgt. Die Umstellung im Einhebewesen auf den Bareinzug der Stromgebühren wurde im Berichtsjahr auf weitere fünf Bezirke sowie auf die in den Reichsgau Wien einbezogenen Südbahngemeinden, die früher von der Österreichischen Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft beliefert wurden, ausgedehnt.

Das Bilanzergebnis der städtischen Straßenbahnen für das Jahr 1940 weist, gemessen an den Verlustergebnissen der früheren Jahre, eine wesentliche Besserung auf, die durch die Steigerung der Beförderungsleistungen und damit der Einnahmen bedingt ist. Auf dem Gebiete der Instandhaltungen konnten infolge der zeitbedingten

Verhältnisse allerdings nicht alle Aufwendungen gemacht werden, die den Bedürfnissen entsprochen hätten.

Aus dem Bilanzbericht 1940 der Lagerhäuser der Stadt Wien geht hervor, daß sowohl der Geschäftserfolg im Getreideumsatzverkehr wie auch im Lagergeschäft und in den Kühllhäusern zufriedenstellend war. Der an die Gemeinde Wien abgeführte Jahresgewinn war wesentlich höher als im Wirtschaftsplan vorgesehen.

Der Bilanzbericht der städtischen Ankündigungsunternehmung "Gewista" zeigt, daß die kriegsbedingte Drosselung des Werbeaufwandes größerer Gruppen von Werbungtreibenden und der damit verbundene Einnahmefall durch geeignete Maßnahmen zum großen Teil wettgemacht werden konnte, sodaß im zweiten Halbjahr 1940 sogar eine beträchtliche Umsatzsteigerung gegenüber dem Jahr 1939 erzielt wurde. Die Unternehmung erhielt durch diese Entwicklung eine breitere, störungssichere Grundlage.

Die besonderen Verhältnisse des Berichtsjahres erforderten von jedem Gefolgschaftsmitglied der städtischen Unternehmungen außerordentliche Leistungen und einen besonderen Einsatz. Betriebsführer und Gefolgschaften sind diesen Erfordernissen gerecht geworden und haben dadurch ein schönes Bekenntnis der Tat und einen wichtigen Beitrag der Heimat zum Sieg des deutschen Volkes geleistet.

Einführung der Gewerbetarife in den städtischen Elektrizitätswerken:

Bis Ende dieses Jahres müssen gemäß einer Vorschrift des Reichskommissars für die Preisbildung die Tarife der Elektrizitätsversorgungsunternehmen der Ostmark auf tarifordnungsmäßige Tarife umgestellt sein. Die städtischen Werke hatten dem durch die Einführung der Haushaltstarife H 7, H 8 und H 15 am 1. Mai 1940 bereits teilweise entsprochen. Mit 1. September 1940 wurden auch die Gewerbe-, Landwirtschafts-, Pauschal-, Nachtstrom- und Kleinstabnehmertarife eingeführt. Ebenso wie die Haushaltstarife sind die Gewerbetarife Grundpreistarife mit Arbeitspreisen von 8 oder 15 Rpf. Für die Bemessung des Grundpreises ist die elektrische Größe der Anlage maßgebend. Dagegen haben die Landwirtschaftstarife Grundpreise, die von der landwirtschaftlich genutzten Fläche abhängen. Diese Tarife stehen den Strombeziehern zur Wahl, sodaß vorerst jeder Abnehmer das Recht beibehält, bei dem Tarif zu verbleiben, nach dem sein Strom derzeit abgerechnet wird. Durch diese Tarife werden 40 % aller Abnehmer

begünstigt. In dem Bestreben, die Vereinheitlichung der Tarife vollständig durchzuführen, beantragten die städtischen Elektrizitätswerke beim Reichskommissar für die Preisbildung zu genehmigen, daß etwa 8000 Anlagen, die bis jetzt nach Sondertarifen verrechnet wurden, auf die neuen Tarife umgestellt werden. Dabei handelt es sich um Gast- und Kaffeehäuser, Familienpensionen, Speisehäuser, Garagen, Reklamebeleuchtung, Friseure und Kleidermacher. Um Härten zu vermeiden, werden diese Sonderabnehmer durch eine entsprechende Beratung und durch Übergangsbestimmungen weitestgehend unterstützt. Der sich aus dieser Tarifregelung ergebende Einnahmefall der Gemeindeverwaltung wird sich durch die zu gewärtigende Erhöhung des Strombezuges entsprechend verringern.

Änderung der Betriebszeiten im Rinderschlachthof St. Marx:

Die derzeitigen Marktverhältnisse erforderten eine Änderung der Betriebszeiten im Rinderschlachthof St. Marx.

Bericht des Stadtrates Dr. Tavs.

Förderung des Frühkartoffelbaues:

Die Gemeindeverwaltung hat in engster Zusammenarbeit mit dem Reichsnährstand und den in Betracht kommenden Bauern und Landwirten den Frühkartoffelbau im Landbezirk durch die Frühkartoffelvorkeimung in städtischen und staatlichen Glashäusern gefördert. Diese Maßnahme hatte einen überraschenden Erfolg und gereichte den Erzeugern und den Verbrauchern zum Nutzen. Keine Stadt Großdeutschlands war mit Frühkartoffeln so zeitig und bedarfdeckend versorgt wie Wien. Bis zum 15. September wurden mehr als 2200 Waggons Frühkartoffeln von den Wiener Kartoffelübernahmestellen übernommen und mit der Straßenbahn auf die Wiener Märkte verfrachtet. Nach Orten außerhalb Wiens wurden mit der Bahn mehr als 80 Waggons Frühkartoffeln verladen. Diese Versorgung erfolgte daher ohne zusätzlichen Treibstoffverbrauch.

Bericht des Stadtrates Professor Dr. Gundel.

Errichtung einer Säuglings- und Kinderpflegeschule im städtischen Kinderkrankenhaus Favoriten:

Auf Grund des Gesetzes zur Ordnung der Krankenpflege vom 28. September 1939 ist die berufsmäßige Ausübung der Säuglings- und Kinderpflege an die staatliche Erlaubnis gebunden, die nach

Zurücklegung eines Lehrganges in der Dauer von 1 1/2 Jahren und nach Ablegung einer Prüfung erteilt wird. Die Ausbildung hat nach dem Gesetz in staatlich anerkannten Säuglings- und Kinderpflegeschulen zu erfolgen. Die Gemeindeverwaltung hat bereits in zwei gemeindeeigenen Krankenanstalten solche Schulen errichtet, die jedoch nicht annähernd ausreichen, um den natürlichen Abgang zu decken. Da es Pflicht der Gemeindeverwaltung ist, für die Gewinnung und Erhaltung eines für die gesundheitliche Betreuung der Säuglinge und Kleinkinder ausreichenden Nachwuchses an ausgebildeten Säuglings- und Kinderschwestern vorzusorgen, wurde einvernehmlich mit der NSV die Errichtung einer Säuglings- und Kinderpflegeschule im städtischen Krankenhaus Favoriten, 10., Schrankenberggasse 31, und damit die Übernahme der Ausbildung von 15 Schülerinnen der NS-Schwesternschaft in Aussicht genommen. Da die praktische Ausbildung in der Kinderpflege und in der Wochenpflege an der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung des städtischen Krankenhauses Lainz erfolgen kann, ist die Gewähr für eine vollwertige Ausbildung in allen Zweigen der Säuglings- und Kinderpflege gegeben. Die einwandfreie gemeinsame Unterbringung der Schülerinnen ist gesichert. Ein Schulgeld wird von den Lernschwestern nicht erhoben.

Im Anschluß an die öffentliche Sitzung der Ratsherren wird eine nichtöffentliche Sitzung abgehalten.

oooOooo